Der Landrat teilte mit, dass im Zuge der Sitzung des Kreisausschusses am 17.12.2012 Einvernehmen bestanden habe, aufgrund der aktuellen Presseberichterstattung heute eine gemeinsame Resolution zu der Thematik zu verabschieden. Als Tischvorlagen seien insoweit eine entsprechende Vorlage der Verwaltung zum aktuellen Sachstand sowie der interfraktionelle Antrag vom 20.12.2012 verteilt worden.

Abg. Tandler führte aus, man sei am Montag durch überregionale Presseberichte aufgeschreckt worden, wonach die bereits seit Jahren geplante Streckenerweiterung der S 13 zwischen Troisdorf und Bonn-Oberkassel eventuell der Maßnahme „Stuttgart 21“ zum Opfer fallen könnte. Im Kreisausschuss habe dahingehend Einvernehmen bestanden, dazu einen interfraktionellen Antrag - eine Resolution - vorzubereiten. Er dankte insoweit ausdrücklich dem Kollegen Metz, der den größten Teil dieses Resolutionstextes vorbereitet und in Absprache mit allen Fraktionen heute den endgültigen Entwurf vorgelegt habe. Es handele sich hier um eine dramatische Problematik, jeder wisse um die Streckenüberlastung auf der rechten Rheinstrecke. Diese Strecke gehöre zum europäischen Güterverkehrskorridor zwischen Rotterdam und Genua. Der zu erwartende, erheblich steigende Güterverkehr, auch im Hinblick auf die Seehäfen Antwerpen und Rotterdam, lasse einen zunehmenden Trassenkonflikt wahrscheinlich werden. Daher brauche man dringend eigene Gleise für den S-Bahn-Verkehr, um weiterhin einen vernünftigen SPNV in der Region garantieren können. Nur so könne gewährleistet werden, dass die S-Bahn in der Region sicher, pünktlich und vor allem zuverlässig fahre. Man wisse auch um die Notwendigkeit dieser Maßnahme für die betroffenen Kommunen und dass sicherlich nur dann ein aktiver Lärmschutz an dieser Trasse durchgeführt werden könne, wenn der Ausbau endlich erfolge. Auch wisse man, dass der Schienenpersonennahverkehr in der Region sowie eine bessere Vertaktung wichtig sein werde im Hinblick auf den zu erwartenden Verkehrskollaps, wenn man an die Maßnahmen denke, die auch im Bereich Bonn anstehen. Man brauche diesen Ausbau dringend, damit auch die Mobilität im Rhein-Sieg-Kreis weiterhin gewährleistet werden könne. Wichtig sei auch die im Resolutionstext angesprochene Anbindung an den Flughafen Köln/Bonn, die man derzeit nur auf der dieser Strecke habe und wodurch sodann weitere Kommunen und die Bundesstadt Bonn an den Flughafen angebunden werden könnten. Er hoffe, dass man sich in Berlin besinne und diese Maßnahme nun umsetze. Mittlerweile gebe es wohl auch bereits Dementis der DB, die eine Verbindung mit „Stuttgart 21“ zurückgewiesen habe. Es sei aber wichtig, diese Resolution heute zu verabschieden.

Abg. Metz verwies auf die Zeitschiene. Wer die Äußerungen in diesem Jahr zur S 13 betrachte, könne nur zu dem Eindruck kommen, dass dort „etwas im Busch“ sei. Nun, wo sich die Planfeststellung der Strecke langsam dem Ende entgegen neige, einzelne Abschnitte bereits planfestgestellt seien, für andere Abschnitte die Pläne bereits fertig gestellt seien, allerdings auf Bonner Stadtgebiet Klagen anhängig seien, sei plötzlich vom Bund verkündet worden, dass man vom Land noch einmal eine Alternativprüfung zum Thema Kosten/Nutzen erhalten wolle. Dann erscheine im „Spiegel“ ein Artikel, in dem der Sinn der Maßnahme vehement angezweifelt werde, und in dem ausgeführt werde, die Bahn würde gar nicht zum Bonner Hauptbahnhof fahren und dies sei Geldverschwendung und eine Fehlplanung. Und nun tauche, ob im Zusammenhang mit „Stuttgart 21“ oder nicht, eine Liste des DB-Aufsichtsrates auf, deren Existenz auch nicht bestritten werde. Diese Liste enthalte deutschlandweit acht Projekte, die als gefährdet eingestuft und für die eine Realisierung als verzögert oder gar nicht möglich dargestellt werde würden. Es sei sicherlich kein Zufall, dass eines der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte der nächsten Jahre, welches für die Region von elementarer Bedeutung sei, hier zur Disposition gestellt werde, weil eventuell die Eigenanteile der Bahn lieber nach Süddeutschland fließen sollen. Der Bund müsse sich aber an seine Zusagen halten, genauso wie die DB AG. Er danke deshalb allen Fraktionen und Gruppen ausdrücklich für die

Zusammenarbeit und dass man es geschafft habe, gemeinsam einen solchen Antrag vorzulegen.

Abg. Krauß schloss sich namens seiner Fraktion dem Dank für dieses gemeinsame Werk an. Die Gründe, weshalb man die S 13 benötige, seien umfassend dargestellt worden. Man wisse auch, dass die Bedeutung des ÖPNV zunehmen werde. Bereits heute habe schon einen Verkehrskollaps auf bestimmten Strecken, wo der ÖPNV zur Entlastung beitrage. Auch zur Verknüpfung unseres Schienennetzes sei er von Bedeutung: So wolle man in Villich den Schienennetzschluss zwischen der Stadtbahnlinie 66 und der S-Bahnlinie S 13 herstellen. Zudem sei er wichtig für eine weitere Anbindung über Bonn–Oberkassel hinaus bis nach Koblenz als Ersatz für die dann wegfallende RB 27. Auch die Trassenproblematik sei bereits zutreffend dargestellt worden: Man habe heute bereits auf beiden Rheinstrecken zu wenig Trassen, um einen Schienenpersonennahverkehr sicherstellen zu können, der diesen Namen auch verdiene. Bei der rechten Rheinstrecke komme durch den starken und weiter zunehmenden Güterverkehr zudem noch die Lärmproblematik hinzu. Und wenn im Rahmen einer Ausgleichsvereinbarung zum Bonn/Berlin-Gesetz die Flughafenanbindung von Köln sichergestellt werde, aber nicht die von Bonn, dann müsse man den Bund „bei seinem Wort nehmen.“ Unabhängig davon, ob dies mit „Stuttgart 21“ zusammenhänge oder nicht, glaube er, dass dieser Druck dazu beitrage, dass man die „Gespensterdiskussion nun vom Tisch“ und eine sachliche Diskussion bekomme, nämlich, dass Infrastrukturprojekte dort gebaut werden, wo sie benötigt werden. Und hier im Kölner Raum seien in den letzten Jahren keine weiteren, großen Infrastrukturprojekte angegangen worden. Deshalb danke er für die Unterstützung.

Auch Abg. Kuhlmann betonte, dass die Verlängerung der S 13 ist eines der zentralen Verkehrsprojekte der Region sei. Insoweit sei es nun wirklich nicht akzeptabel, wenn dieses Projekt von der Deutschen Bahn nun in Frage gestellt werde, zumal es ja auch Zusagen des Bundes im Rahmen der Ausgleichsvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz gebe. Die Region müsse nun Druck machen in Berlin, dass dieses Projekt endlich in Angriff genommen werde. Deshalb unterstütze seine Fraktion diese Resolution vorbehaltlos.

Abg. Dr. Fleck unterstützte diese Resolution ebenfalls. Ihn wundere, dass die Region in Bundestag und Bundesregierung gut vertreten sei, man hier aber wenig Unterstützung bekomme, sondern einfach im Stich gelassen werde. Dies könne man nicht akzeptieren.

Abg. Otter begrüßte die Resolution auch namens der Gruppe DIE LINKE. Man finde es richtig, sich hierzu gemeinsam zu äußern. Auch die LINKE möchte den ÖPNV ausbauen, auch wenn man wisse, dass die Situation in einem Flächenkreis, der auch geografisch einige Tücken aufweise, nicht einfach sei.